

# Internationale Finanzwirtschaft & G20 – Stimmen aus dem Globalen Süden



**weed**

Februar 2017

# Impressum

## Internationale Finanzwirtschaft & G20 – Stimmen aus dem globalen Süden

### Herausgeber:

**WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.**

Eldenaer Straße 60, 10247 Berlin, [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

Kontakt und V.i.S.d.P.: Markus Henn, [markus.henn@weed-online.org](mailto:markus.henn@weed-online.org)

© WEED, Februar 2017, Creative Commons Lizenz 4.0 (Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen) International



**Übersetzung und Redaktion:** Markus Henn, Todd Dennie, Lisa Metzinger

Diese Publikation steht Ihnen im Netz frei zur Verfügung unter: [www.weed-online.de](http://www.weed-online.de).



Diese Broschüre wurde mit Mitteln von Brot für die Welt gefördert. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können in keiner Weise Brot für die Welt zugerechnet werden.

# Inhalt

Vorwort .....	4
Forderungen an die G20 aus einem "Finance for Forests" Projekt.....	5
Die BNDES und die internationale Agenda: Jüngste Veränderungen und die neue Rolle des brasilianischen Staates bei langfristiger Finanzierung .....	7
Schuldenprobleme.....	9
"Brump" erhöht die Unsicherheit in der Weltwirtschaft .....	11
Finanzierung und Investition .....	15
Die Rolle globaler Banken: „Privatbankgeschäft“ und der Fall der HSBC.....	18

## Vorwort

Die liberalisierten globalen Finanzmärkte haben vor rund zehn Jahren die Industrieländer in eine tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Dies war der Auslöser, die Gruppe der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) von einem Fachgremium der Finanzminister/innen zu einem der Staats- und Regierungschefs aufzuwerten. Eine Reihe von Finanzreformen wurde danach angegangen und umgesetzt, vor allem für Banken und für die Derivate, die außerhalb geordneter Handelsplätze gehandelt wurden. Doch haben die Reformen der G20 keine dauerhafte Stabilität des Finanzsystems erreicht. Auch 2016 kam es zu gigantischen Bankpleiten wie in Italien. Das Lockern der Geldpolitik durch die Zentralbanken führte zudem nicht zu der erwünschten Belebung der Wirtschaft, blähte aber viele Märkte für Vermögenswerte auf. Und die Frage nach den langfristigen Konsequenzen ist unbeantwortet.

Die ärmeren Länder der Welt waren von der Finanzkrise weniger betroffen als die Industrieländer. Teils lag dies daran, dass sie in früheren verheerenden Krisen, allen voran der Asienkrise, ihre eigenen Schreckenserlebnisse hatten, was sie zu strengerer Regulierung greifen ließ. Doch einige Schwellenländer blieben von den Schockwellen der globalen Finanzmärkte nicht verschont. Das billige Geld der Zentralbanken wird auch zum Aufkauf von Anleihen in Schwellenländern und zunehmend nun auch in einigen ärmeren Entwicklungsländern genutzt, was für diese zu einer bedrohlichen Situation führen kann, insbesondere wenn die lockere Geldpolitik enden wird.

Am 1. Dezember 2016 hat Deutschland für ein Jahr die G20-Präsidentschaft übernommen. Aus diesem Anlass versammelten sich am 8./9. Dezember 2016 über vierzig Vertreter/innen aus der Zivilgesellschaft in Berlin, um über die Wirkung der Finanzmärkte auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie politische Konsequenzen zu diskutieren. In dieser Publikation werden einige Texte der Teilnehmer/innen dokumentiert, jeweils zwei aus Asien, Afrika und Südamerika. Sie bilden eine Fülle von Themen ab: Es wird ein globaler Blick auf die Finanzmärkte geworfen und vor falscher Projektfinanzierung gewarnt. Es wird die erneute Überschuldung vieler afrikanischer Staaten und der problematische Fokus von ärmeren Ländern auf internationale Finanzierung dokumentiert. Es

werden die Risiken öffentlich-privater Partnerschaften im Infrastrukturbereich und des Geschäfts der Banken in Steueroasen aufgezeigt. Die Texte – und die Diskussionen des Treffens – zeigen, dass die Macht der Finanzmärkte und ihr negativer Einfluss auf die globale Wirtschaft (weiterhin) sehr besorgniserregend ist. Problematisch ist nicht nur die direkte wirtschaftliche Auswirkung, sondern auch die massive Lobbyarbeit der Finanzakteure zur Verhinderung und Verwässerung von regulierender Gesetzgebung.

Wenn die G20 nicht stärkere Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ergreifen, werden wir im Krisenmodus bleiben. Um dem ein Ende zu bereiten, müssen die Finanzmärkte stark zurückgedrängt werden. Megabanken müssen aufgeteilt und die Derivatmärkte stark verkleinert werden. Stattdessen braucht es viel mehr lokale genossenschaftliche und öffentliche Banken. Doch auch diese Banken müssen auf klare soziale und ökologische Kriterien und auf die Zustimmung aller Betroffenen verpflichtet werden. In jedem Fall müssen die internationalen Kapitalströme und Investitionen durch nationale Kapitalverkehrskontrollen beschränkt und in ihrer Wirkung vor Ort reguliert werden. Schließlich brauchen alle betroffenen Schwellen- und Entwicklungsländer, vor allem die nicht Teil der G20 sind, ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen für die notwendigen Reformen, was nur bei den Vereinten Nationen möglich ist.

### **Markus Henn**

(Referent für Finanzmärkte,  
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung)

### **Eva Hanfstängl**

(Referentin für Entwicklungsfinanzierung,  
Brot für die Welt)

# Forderungen an die G20 aus einem "Finance for Forests" Projekt

Von Rahmawati Retno Winarni, Tuk (Transformasi untuk Keadilan), Indonesien, in Zusammenarbeit mit Profundo

*Hinweis: Diese Forderungen wurden mit der niederländischen Forschungsorganisation Profundo entwickelt, mit der wir in dem Projekt "Finance for Forests" zusammenarbeiten. Dieses versucht, Akteure im privaten Sektor, darunter die aus globalen öffentlich-privaten Partnerschaften, zur Einführung sozialer und ökologischer Grundsätze und Praktiken zu bewegen, um so den wirtschaftlichen Druck auf Wälder abzubauen.*

**Forderung 1: Die G20 sollten die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, im Folgenden SDGs) unterstützen. Dabei sollten die G20 mit den großen Banken ihrer eigenen Länder zusammenarbeiten, um Nachhaltigkeitspolitik einzuführen und umzusetzen, und außerdem Einfluss auf Nicht-G20-Banken ausüben, dasselbe zu tun.**

Im Licht der SDGs müssen sich Finanzinstitutionen der negativen und positiven Einflüsse ihrer Finanzierungsentscheidungen auf das Erreichen dieser Ziele gewahr werden. Wo sie Firmen finanzieren, die die Lebensgrundlage lokaler Gemeinschaften und Ökosysteme negativ beeinflussen, untergraben sie die Ziele 1, 2, 8, 9, 10, 12, 13, und 15. Eine steigende Zahl von Finanzinstitutionen aus Entwicklungsländern fangen an, sich dessen schrittweise bewusst zu werden, allerdings muss mehr passieren. Deutschland kann sich in seiner G20-Präsidentschaft dafür einsetzen. Die Finanzinstitutionen der G20 können dies nicht alleine meistern. Sie müssen durch die deutsche Präsidentschaft dazu gebracht werden, mit Finanzinstitutionen des globalen Südens über Partnerschaften oder bei der Führung in gemeinsamen Projekten zu arbeiten, um ökologische, soziale und Governance-Kriterien in Finanzverträge einzubinden und um sicherzustellen, dass jegliche Finanzierung die SDGs zumindest nicht unterminiert und idealerweise einen positiven Beitrag zu deren Erreichen darstellt. Sie können eine führende Rolle im „Nachziehen“ der noch weniger bewussten Finanzinstitutionen Südostasiens spielen, was die Berücksichtigung von sozialen und Umweltproblemen bei der Finanzierung von Firmen angeht. Die G20 können eine Führungsrolle in der Unterstützung der SDGs im "Finanzieren des Guten" spielen und Finanzierungen verhindern, die dies untergraben. Finanzinstitutionen

können die SDGs nicht nur durch die direkte Finanzierung entsprechender Initiativen unterstützen, sondern auch indirekt durch die Finanzierung von Firmen. Letzteres ist ihr Hauptgeschäft, und damit haben sie auch dort den größten positiven oder negativen Einfluss. Durch die Einbeziehung der SDGs in den Risikorahmen mit ökologischen, sozialen und Governance-Kriterien sowie den Entscheidungsprozess können Finanzinstitutionen eine große Hilfe für den globalen Süden sein, seine SDG-Ziele im Jahr 2030 zu erreichen.

**Forderung 2: Die G20 sollten den (Finanz-) Aufsichtsbehörden in Ländern wie Indonesien ihre Unterstützung anbieten, die Firmen zu beaufsichtigen, die gegen die SDGs verstoßen, und sicherzustellen, dass solchen Firmen weitere Finanzierung verwehrt bleibt, falls diese Probleme nicht gelöst werden.**

Alle Finanzinstitutionen verlangen von ihren Kunden, sich an das Gesetz zu halten, allerdings tun das nicht alle Kunden. Der Wille oder die Fähigkeit, sie zu überwachen und durchzusetzen, ist in vielen Entwicklungsländern nur unzureichend vorhanden. Dies lässt Finanzinstitutionen Unternehmen ausgeliefert, die möglicherweise das Gesetz brechen. Zum Beispiel haben in Indonesien nicht alle Firmen immer die notwendigen Lizenzen, dennoch sind sie aktiv und ziehen Investitionen an. Während alle Banken behaupten, sie würden keine illegalen Aktivitäten finanzieren, scheint es so, als wären sie nicht immer komplett informiert oder schnell genug, sich über die Firmen zu informieren, die sie finanzieren. Das heißt, sie verstoßen gegen ihre eigenen Richtlinien zur Kundenidentifizierung. Deutschland könnte in seiner G20-Präsidentschaft weitere Unterstützung einfordern, um die Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden der Entwicklungsländer zu stärken. Zusätzlich

muss Deutschland daran arbeiten, Strafen gegen Finanzinstitutionen einzuführen und umzusetzen, wenn sie Firmen finanzieren, die wo auch immer das Gesetz brechen. Während solche Maßnahmen bis zu einem gewissen Grad bereits existieren, werden sie momentan ungenügend und inkonsistent umgesetzt. Das führt dazu, dass lokale Gemeinschaften und die Umwelt weiterhin unter den Firmen leiden, die sich schlecht benehmen und deren schädliche Aktivitäten von Finanzinstitutionen aus der ganzen Welt finanziert werden – auch aus G20-Staaten.

**Forderung 3: Die G20 sollten eine Regulierung fördern, die geduldige (langfristige) Finanzierung stärkt und Finanziers dahin führt, ihr Geld aus Firmen zurückzuziehen, sobald Probleme auftauchen: „geduldige Finanzierung ist nachhaltige(re) Finanzierung“.**

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verfolgen zwei verschiedene Finanzreformagenden, ohne sie wirklich zu verbinden. Die erste konzentriert sich auf die Struktur des Finanzsystems an sich und ist auf die klassische Frage ausgerichtet, wie man die Parameter dafür setzen sollte, zum Beispiel für Eigenkapital, Mindestreserven oder die Lockerung grenzüberschreitender Kapitalflüsse. Das Ziel ist, die Finanzgeschäfte zu bremsen, indem man sie in der Größe beschneidet und verlangsamt, um so die Risiken für wirtschaftliche Instabilität und Finanzkrisen zu reduzieren, die ganze Volkswirtschaften beeinträchtigen.

Die zweite Agenda, die man “nachhaltige Finanzierungsagenda” nennen könnte, beschäftigt sich nicht mit der Struktur des Finanzsystems an sich, sondern mit den nicht wirtschaftlichen Aktivitäten, die so finanziert werden. Wir glauben, dass dies die Agenda ist, an der „Finance for Forests“ interessiert ist. Allerdings könnte es sich lohnen, darüber nachzudenken, welche Elemente des jetzigen Finanzsystems

die Finanzierung von unnachhaltigen, nicht finanziellen Aktivitäten begünstigt, und welche Art strukturellen Wandels diese Elemente schwächen würde. Der Aufstieg des ungeduldigen Investors, der durch Regeln erleichtert wurde, die die Geschwindigkeit und Einfachheit der Beendigung von Investments jeder Art und überall auf der Welt vorangetrieben hat, hat damit viel zu tun. Wir versuchen oft, Finanzinstitutionen davon zu überzeugen, dass es finanzielle Risiken für sie selbst birgt, in anrühige Projekte zu investieren. Aber solange es möglich ist, sie schnell wieder loszuwerden, sind solche Risiken eher theoretischer als realer Natur, weil negative Folgen – besonders solche, die mit dem Klimawandel zu tun haben – relativ weit in der Zukunft liegen. Aber wenn man die Finanzwelt dazu zwingen würde, geduldiger zu sein, würden sich solche

Risiken schwerwiegender im Risikomanagement der Finanzinstitutionen widerspiegeln. Also sollte der Slogan vielleicht lauten „geduldiges Investment ist nachhaltige(ere)s Investment“. Das ist etwas, dem sich Nichtregierungsorganisationen gut verschreiben und das sie in ihre Lobbyarbeit einbeziehen sollten.

Praktisch könnte dies eine Finanztransaktionssteuer bedeuten – zu der sich Deutschland im Prinzip bekannt hat, auch wenn der deutsche Finanzminister nicht scharf auf ihre Einführung zu sein scheint – und natürlich Kapitalverkehrskontrollen. Es wurde einfach von so vielen Leuten in ungefähr den letzten drei Jahrzehnten als gegeben erachtet, dass liberalisierte Kapitalbilanzen ein zentraler Bestandteil einer globalisierten Wirtschaft seien. Kapitalverkehrskontrollen waren zuvor ein völlig normales Instrument, aber diese Erinnerung scheint verblasst zu sein.

\*\*\*

**Mehr Informationen finden Sie auf**  
<http://www.tuk.or.id>

# Die BNDES und die internationale Agenda: Jüngste Veränderungen und die neue Rolle des brasilianischen Staates bei langfristiger Finanzierung

Von iBASE, Brasilien

In vielen Ländern – unabhängig von ihrer Entwicklungsstufe – werden Investitionen in Infrastruktur als Lösung für den Mangel an wirtschaftlicher Dynamik auf der internationalen Ebene angesehen. Ein Grund dafür ist der besondere Einfluss auf die wirtschaftliche Aktivität: Die Investitionen erhöhen die Produktion von Waren und Dienstleistungen, schaffen Arbeitsplätze und Einkommen, reduzieren die Kosten, verbessern die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und erzeugen Effekte in anderen Sektoren. Ein anderer Grund ist der starke Druck internationaler Organisationen, Konzessionsvergabe an Private und Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) weltweit zu einer Priorität zu machen. Zum Beispiel haben die G20-Staaten, unterstützt von den Finanzministern/innen, Investitionen in Infrastruktur zu einer „Hauptpriorität“ ihrer Agenda gemacht, und die Banken dazu aufgefordert, Verantwortung für Entwicklungsprojekte zu übernehmen und private Investitionen anzulocken. Die vermeintlichen Vorteile umfassen eine Senkung der Transaktionskosten und des Risikos (sowie der Risikowahrnehmung), während Gesetzesreformen in Gestalt besserer Garantien für institutionelle Investoren vorangebracht werden.

Was hier allerdings tatsächlich passiert, ist eine Art „Rückschritt in die Vergangenheit“ nach Art der Privatisierungspolitik der 1990er Jahre, als die Rolle der Entwicklungsbanken darauf reduziert war, den Verkauf öffentlichen Vermögens voranzutreiben. Die Expertise, die diese Banken als ein Instrument des Zusammenspiels zwischen Staaten und Märkten (sowohl heimische, als auch internationale) entwickelten, wird als zentral für diesen Prozess angesehen. Das ist auch der Fall für die brasilianische Entwicklungsbank BNDES. Die Politik der G20 – und wie sie sich für Länder wie Brasilien entwickelt haben – liefern einen Grund zur generellen Besorgnis in der Zivilgesellschaft, da die Öffentlichkeit zu wenig befragt wurde, um die wahren Folgen für Gesellschaft und Umwelt zu bewerten. Internationale Erfahrungen zeigen, wie nebulös diese Prozesse sind. Sogar Beratungen durch die Weltbank dienten mehr als

Formalität zur Legitimierung von ÖPP denn als echter Rahmen für Änderungsvorschläge. Zusätzlich trägt der Privatsektor in vielen Ländern normalerweise nur zu einem kleinen Teil aller Investitionen bei (zwischen 15 und 20%), was die verbreitete Ansicht in Frage stellt, dass er in ÖPP-Projekten einen Teil des Risikos akzeptieren würde.

Ein anderer fragwürdiger Punkt im Falle Brasiliens ist die Bereitschaft des Marktes, Megaprojekte ins Auge zu fassen, die (über Konzessionen) verkauft werden, oder im Fall von Pionierprojekten diejenigen, die als profitabel angesehen werden. Manche Projekte in einem Konzessionsprogramm sind vielleicht nicht so profitabel wie im Fall einer privaten Initiative oder gehen mit unbefriedigenden oder riskanten Erträgen einher, welche deshalb Investoren normalerweise nicht annehmen wollen. Trotzdem sind viele davon im öffentlichen und sozialen Interesse und werden wegen dieser Faktoren nicht umgesetzt. Wie können Projekte im öffentlichen Interesse, selbst wenn sie nicht profitabel sind, umsetzbar werden?

Was institutionelle Änderungen betrifft, hat der brasilianische Kongress eine einstweilige Maßnahme verabschiedet (ein gesetzlicher Rahmen, der vom Präsidenten gesetzt wird, um Gesetzesänderungen zu bestätigen). Das „MP 727“ ist mit einem bestimmten Programm namens „PPI“ verbunden, das einen genau definierten Zweck hat: die Privatisierung öffentlicher Güter zu beschleunigen. Das Vorgehen ähnelt den internationalen Fällen ohne Beteiligung der Öffentlichkeit. Es wurde bekannt gegeben, dass die BNDES eine zentrale Rolle als Umsetzer haben und „[...] einen Fond zur Unterstützung von Strukturpartnerschaften gründen und mit finanzieren würde, der eine Anfangslaufzeit von 10 Jahren haben soll“. Darüber hinaus wäre die BNDES eine Gestalterin des Privatisierungsprozesses, die neue Regulierungen sowie administrative und juristische Verfahren vorschlägt. Letztendlich würde sie als Garant und als „letzter Kreditgeber“ im Falle eines Scheiterns dienen. Die Projekte, die in der ersten Phase des PPI aufgelistet sind, sind aus verschiede-

nen Sektoren: unter anderem Flughäfen, Energienetze, Schienen, Bergbau und Öl, Häfen, Straßen und Abwasserentsorgung, und andere (siehe Tabelle)

Eine andere Sache von Bedeutung ist, dass diese Art Initiative nicht wirklich neu ist. Anfang 2015 zum Beispiel veröffentlichte die Bank zusammen mit der Weltbank-Tochter IFC einen Text, in dem sie betonte, dass sie die Regulierungsbehörde bezüglich mancher Details der ÖPP ersetzen würde. Der große Unterschied zwischen jetzt und früher ist, dass diese Bemühungen nicht plötzlich die reguläre Finanzierung ersetzen können und beide Initiativen erhalten werden müssen, bis sich ein privater Markt entwi-

ckeln kann. Mit der „neuen Regierung“ verringerte die BNDES ihr Finanzierungsvolumen. Und da Brasilien eine der höchsten Zinsraten der Welt hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich ein langfristiger, privater Markt entwickeln wird. In anderen Worten, wir sitzen in der Falle.

Was die Transparenz der Bank angeht, sind alle Sorgen berechtigt. Man sollte nicht vergessen, dass das jüngste Amtsenthebungsverfahren voller Widersprüche war. Die aktuelle Regierung steckt mitten in

vielen Korruptionsskandalen und dem Mangel an Legitimität wird durch nebulöse Prozesse begegnet. In dieser Situation ist es dringend nötig, sich über Erfahrungen und Analysemethoden auszutauschen. Damit kann ein Netzwerk aufgebaut werden, das imstande ist, die brasilianische Gesellschaft mit dem nötigen Wissen im Umgang mit Risiken und Verantwortlichkeiten zu versorgen, die mit der Privatisierung von Gütern und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einhergehen.

\*\*\*

Mehr Informationen finden Sie auf <http://ibase.br>

<b>Tabelle: Projekte im PPI-Programm</b>	
<b>Flughäfen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Porto Alegre</li> <li>– Salvador</li> <li>– Florianópolis</li> <li>– Fortaleza</li> </ul>
<b>Energie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– São Simão (na divisa entre Minas Gerais e Goiás)</li> <li>– Miranda (Minas Gerais)</li> <li>– Volta Grande (São Paulo)</li> <li>– Pery (Santa Catarina)</li> <li>– Agro Trafo (Tocantins)</li> <li>– Boa Vista Energia</li> <li>– Companhia de Eletricidade do Acre</li> <li>– Amazonas Distribuidora de Energia</li> <li>– Centrais Elétricas Rondônia</li> <li>– Companhia de Energia do Piauí</li> <li>– Companhia Energética de Alagoas</li> <li>– Companhia Energética de Goiás</li> </ul>
<b>Eisenbahn</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Norte-Sul</li> <li>– Ferrogrão</li> <li>– Fiol (Ferrovia de Integração Oeste-Leste)</li> </ul>
<b>Lotterien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Lotex</li> </ul>
<b>Bergbau</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Fosfato (entre PB e PE)</li> <li>– Cobre, chumbo e zinco (TO)</li> <li>– Carvão de candiota (RS)</li> <li>– Cobre (GO)</li> </ul>
<b>Öl und Gas</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– 4ª rodada de licitação de campos marginais de petróleo e gás</li> <li>– 14ª rodada de licitações de blocos de petróleo e gás sob o regime de concessão</li> <li>– 2ª rodada de licitação do pré-sal sob o regime de partilha</li> </ul>
<b>Häfen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Porto de Santarém/PA (combustíveis)</li> <li>– Rio de Janeiro/RJ (trigo)</li> </ul>
<b>Straßen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– TrechoBR-364/365, entre Goiás e Minas Gerais</li> <li>– Trecho BR-101/116/290/386, no Rio Grande do Sul</li> </ul>
<b>(Abwasser</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– CAERD (Rondônia)</li> <li>– COSAMPA (Pará)</li> <li>– CEDAE (Rio de Janeiro)</li> </ul>
Quelle: Governo Federal	

# Schuldenprobleme

## Von Tirivangani Mutazu, Afrodad, Simbabwe

Es gibt heute zahlreiche globale Herausforderungen, für die G20: Auf der Agenda stehen niedriges globales Wirtschaftswachstum, steigende Schuldenstände, geopolitische Konflikte, Terrorismus, Flüchtlingsströme, Hunger, Klimawandel und Pandemien. All diese Herausforderungen verlangen globale Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.

Steigende Schuldenstände sind schädlich für die Stabilität der globalen Wirtschaft, wie die globale Finanzkrise und die Eurokrise bezeugen. Die globalen Schuldenstände stiegen von 21 Billionen US\$ im Jahr 1984 auf 142 Billionen US\$ 2007 und auf 199 Billionen US\$ 2014.<sup>1</sup>

In ihren Bemühungen, einen regelbasierten Ansatz für Staatsentschuldung zu finden, unterstützte die internationale Staatengemeinschaft Schuldenresolutionen bei der Vollversammlung der VN und empfahl den G20-Staats- und Regierungschefs, auf stärkere „collective action“<sup>2</sup> und „pari passu“<sup>3</sup> Klauseln in Schuldverträgen zu drängen. Im September 2015 verabschiedete dann die Generalversammlung der VN neun Grundsätze für Staats-Entschuldung.

Als Zivilgesellschaft müssen wir die globale Entscheidungsfindung weiterhin hinterfragen, besonders bei Finanzthemen, die Konsequenzen für Länder und ihre Bevölkerung haben, und unsere Empfehlungen für die Politik bekannt machen.

### Schuldenentwicklung

Die internationale Gemeinschaft unterschrieb die ehrgeizige Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, und Schuldenfinanzierung wurde als einer der wichtigen Hebel zur Finanzierung dieser Agenda durch die Addis Abeba Aktionsagenda betont, auf die man sich auf der „Financing for Development“ Konferenz im Juli 2015 einigte.

Die finanziellen Anforderungen, um die SDGs (nachhaltige Entwicklungsziele) der Entwicklungsländer zu erreichen, sind enorm und werden auf zwischen 1,9 und 3,1 Billionen US\$ jährlich geschätzt. Entwicklungsländer, vor allem in Afrika, sind mit neuen und sich verändernden Herausforderungen der Schulden-situation konfrontiert. Steigende Schulden, Gründe des schnellen Schuldenanstiegs und Risiken der Schuldennachhaltigkeit verlangen alle nach globalen politischen Maßnahmen.

Regierungen brauchen beträchtliche Mittel, um die großen Lücken in der Infrastruktur zu schließen, die immer noch hohe Armut zu reduzieren sowie die Indikatoren für Gesundheit und Bildung zu verbessern, die immer noch unter den nötigen Standards liegen. Diese Mittel werden immer noch durch Kredit beschafft. Die Herausforderung ist also, wie können die Regierungen all diese Entwicklungsnotwendigkeiten befriedigen, ohne untragbare Schuldenberge anzuhäufen?

Die lokalen Mittel sind viel geringer als der Finanzierungsbedarf, was eine andauernde Abhängigkeit von Fördergeldern bedeutet. Allerdings sind diese Gelder nicht nur unzureichend, sondern gehen auch zurück. Die starke Abhängigkeit davon ist nicht nachhaltig. Deshalb nehmen die Länder Zuflucht in viel höhere Kredite, während die Fördergelder abnehmen.

Viele Entwicklungsländer erhielten Schuldenschnitte unter den Initiativen HIPC<sup>4</sup> und MDRI<sup>5</sup> von Weltbank und IWF. Manche dieser Länder verzeichneten ein Wirtschaftswachstum, aber heute werden die gleichen Länder mit neuen Schuldenkrisen konfrontiert, die schmerzhaften Folgen für die gesamte Wirtschaft und besonders für die Armen haben.

Die Entwicklung öffentlicher Schulden wird oft davon angetrieben, wie Regierungen ihren Staatshaushalt, ihre Ein- und Ausgaben und ihre Haushaltsdefizite

<sup>1</sup> Mukhisa Kituyi, Opening Statement at 10th UNCTAD Debt Management Conference, Geneva, 23. November 2015.

<sup>2</sup> Eine Mehrheit der Gläubiger kann Schulden restrukturieren, selbst wenn einige Gläubiger dagegen sind. – *Die Herausgeber.*

<sup>3</sup> Im Fall der Insolvenz haben Forderungen der Kreditgeber gleichen Rang mit allen übrigen bestehenden und künftig entstehenden unbesicherten Forderungen anderer Gläubiger. – *Die Herausgeber.*

<sup>4</sup> Die **Heavily Indebted Poor Country Initiative** wurde 1996 verabschiedet, um den armen Ländern der Welt mit ihrer Schuldenlast zu helfen, um mithilfe eines Schuldenschnitts auf verantwortbare Schuldenniveaus zu kommen. – *Die Herausgeber.*

<sup>5</sup> Die **Multilateral Debt Relief Initiative** bot einen hundertprozentigen Schuldenerlass in einer beträchtlichen Höhe durch multilaterale Institutionen für eine Gruppe von Niedrigeinkommensländern. – *Die Herausgeber.*

handhaben. Jedoch wurde der Anstieg öffentlicher Verschuldung über die Jahre von höheren Haushaltsdefiziten, einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, unsicheren Schuldverpflichtungen und Naturkatastrophen getrieben.

Der neuen Krise liegen hauptsächlich schwache Regierungsführung, eine ungenügende Gesetzeslage, eine schwache Umsetzung derselben, schwache Institutionen und Interessenskonflikte zugrunde. Andererseits muss man auch manchen internationalen Finanzfirmen Schuld geben, die einen einfachen Zugang zu Krediten boten, ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung des Landes zu nehmen.

Wir wissen, dass Staatsverschuldung, wenn sie gut geregelt ist, ein unverzichtbares Element jeder Finanzstrategie für Entwicklung darstellt. Aber sie kann schnell zu einem Problem werden, wenn ausländische Darlehen in keiner Beziehung zu produktiven Investitionen stehen oder wenn eine verschuldete Wirtschaft von mehreren, ernstzunehmenden exogenen Schocks getroffen wird, wie zum Beispiel durch sinkende Rohstoffpreise, steigende Zinssätze, Währungsabwertung oder eine Verlangsamung des globalen Wachstums.

### **Triebkräfte der Schuldenanhäufung in Afrika**

Fast alle Länder südlich der Sahara verzeichneten einen Anstieg der Staatsschulden, nominal und als Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Anstiege waren besonders stark in Ländern wie Angola (48,9 Mrd. US\$), Äthiopien, Ghana, Kenia, Tansania, Mozambique, Uganda und Sambia. Die Schuldenhöhe übersteigt die vor HIPC in den meisten Fällen deutlich.

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der meisten afrikanischen Länder war jedoch sehr gut. Deshalb bleibt das Verhältnis von Schulden zum Wachstum des BIP innerhalb einer tragbaren Grenze. Anstiege sind offensichtlich, aber nicht dramatisch, außer für Fälle wie Malawi, Ghana, Mosambik, Angola und Sambia.

Der Hauptmotor der Schuldendynamik in Afrika war ein hohes Wachstum, verbunden mit niedrigen Zinssätzen und Schuldenerlässen.

Afrikas Auslandsverschuldung verbesserte sich sichtbar über die letzten Jahrzehnte, die Nettoverschuldung stieg allerdings. Das Gesamtverhältnis von Verschuldung zu Bruttoinlandsprodukt fiel von 53,4 % auf 23,7 % im Jahr 2014. Allerdings existieren große Unterschiede zwischen den Ländern. Die Zu-

sammensetzung der Verschuldung ändert sich von ausländischer zu inländischer, und auch von öffentlicher zu privater. Multilaterale Kredite machen nur 21% der totalen Verschuldung aus.<sup>6</sup>

Die Kreditvergabe zwischen Ländern des globalen Südens stieg ebenfalls. Private Kredite machten 49% der gesamten Auslandsverschuldung aus. Die Ausgabe von Staatsanleihen stieg von weniger als 1 Milliarden US\$ in 2008 auf 14 Milliarden US\$ im Jahr 2014

Wohl 14 subsaharische Länder kehrten in den letzten Jahren an den Markt für Staatsanleihen zurück, zum Beispiel Mosambik, Ruanda, der Senegal und Sambia. Untragbare private Verschuldung neigt dazu, in den Bilanzen der öffentlichen Hand zu enden, wie Erfahrungen in Europa mit Irland und Griechenland zeigen.

### **Empfehlungen für die G20**

- Afrika muss trotz großer Finanzierungslücken zweistellige Wachstumsraten erreichen, um die SDGs bis 2030 umzusetzen. Eine verantwortliche Verschuldung in den nächsten 15 Jahren und darüber hinaus ist deshalb nötig.
- SDGs und Schuldentragfähigkeit müssen durch Vorzugsfinanzierung vereinbar gemacht werden.
- Die Entwicklung und Stabilisierung starker Institutionen sowie einer vernünftigen makroökonomischen Politik müssen unterstützt werden.
- Kreditgeber- und -nehmer teilen die Verantwortung, untragbare Schulden zu vermeiden.
- Die internationale Gemeinschaft muss unter Druck gesetzt werden, Regeln für Staatsverschuldung zu beschließen, um die Vorhersagbarkeit und die rechtzeitige Restrukturierung von Schulden bei fairer Kostenverteilung zu verbessern.

\*\*\*

**Mehr Informationen finden Sie auf**  
<http://www.afrodad.org>

<sup>6</sup> Adam Elhiraika, UNECA (2015): Sustainable Development Goals and the Challenges Ahead. Presentation at the 10th UNCTAD Debt Management Conference, 23-25 November 2015, Geneva.

# “Brump” erhöht die Unsicherheit in der Weltwirtschaft

Von Kavaljit Singh, Madhyam, Indien

Die zwei großen politischen Ereignisse 2016 – das Brexit-Referendum vom 23. Juni und Donald Trumps Sieg am 8. November – haben zu beträchtlicher Unsicherheit in der sowieso schon instabilen Weltwirtschaft beigetragen. Aufgrund wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit, ausgelöst durch die Brexit-Entscheidung, hat der IWF die Vorhersage für das globale Wirtschaftswachstum für 2017 auf 3,4% gesenkt.

Acht Jahre nach dem Beginn der globalen Weltwirtschaftskrise 2008 bleibt die Erholung der Wirtschaft ungleich in den am meisten entwickelten Ländern, mit anhaltend schwacher privater Nachfrage und begrenztem Arbeitsplatzwachstum. Die Finanzkrise ist weit davon entfernt, vorbei zu sein, nur ihre Intensität und geographische Verbreitung haben sich geändert. Die Krise führte zu einer schwerwiegenden wirtschaftlichen Rezession, der die Staatsschuldenkrise in der Eurozone folgte.

In makroökonomischen Indikatoren (wie Wachstum, Beschäftigung, Inflation, Handel) finden sich große Schwächen in der ein oder anderen Region. Manche Analysten sehen den Fall der Arbeitslosenquote auf 4,6% (die niedrigste seit 2007) im November 2016 als Zeichen eines starken Aufschwungs in den USA. Allerdings entstanden die meisten neuen Jobs in den USA im Niedriglohnsektor wie in Bars oder Restaurants. Laut dem US Bureau of Labor Statistics sind von 178.000 neuen Jobs, die im November 2016 hinzukamen, nur 9.000 Vollzeitstellen dabei, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 118.000 stieg. Somit ist auch die Qualität der Stellen besorgniserregend, da gute Jobs durch schlechte ersetzt werden.

Die Weltwirtschaft 2017 wird zahlreichen Herausforderungen begegnen müssen, größtenteils wegen politischer Faktoren. Es gab eine Zeit, als politisches Risiko überwiegend mit armen und Entwicklungsländern in Verbindung gebracht wurde (etwa die Militärputsche in Pakistan, Nigeria oder Burundi). Aber jetzt entwickeln sich politische Risiken und Unsicherheit auch in den Industrienationen, vor allem in der EU.

## Der “Brump“-Faktor

Die Brexit-Entscheidung war der größte Schock für das politische Establishment in Großbritannien und innerhalb der EU. Sechs Monate sind vergangen seitdem und es herrscht immer noch Unsicherheit darüber, ob der Brexit stattfindet oder nicht. Theresa May bestand darauf, dass ihre Regierung mit dem Brexit weitermache, trotz der Entscheidung des Hohen Gerichtshofs, dass das Vereinigte Königreich die EU nicht ohne parlamentarische Zustimmung verlassen könne.

Jetzt liegt der legale Kampf um den Brexit beim Verfassungsgericht, nachdem die Regierung gegen die Entscheidung des Hohen Gerichtshofs Berufung einlegte.<sup>7</sup> Wenn die Regierung Großbritanniens ihren Fall beim Verfassungsgericht gewinnt, kann sie sich auf Artikel 50 des Vertrags von Lissabon berufen – den legalen Prozess, die EU zu verlassen – im März 2017. Es wird erwartet, dass der Austrittsprozess mindestens zwei Jahre dauern soll.

Während ein ordentlicher Austritt im Interesse Großbritanniens liegt, hat sich die Regierung bis jetzt geweigert, ihre Brexit-Strategie zu enthüllen, weil dies die Aussichten auf die Verhandlung eines günstigen Deals mit der EU schwächen würde.<sup>8</sup> Manche Analysten glauben, dass das Vereinigte Königreich mehr Vorteile erringt, indem es die Verhandlungen mit Brüssel verzögert. Premierministerin Theresa May ist darauf erpicht, eine mündliche Vereinbarung zu treffen, allerdings gibt es keine Garantie dafür, dass alle 27 Mitgliedsstaaten der EU diesen Ansatz gut heißen würden.

Seit der Brexit-Entscheidung fiel das Pfund (bis Dezember 2016) um 14 Prozent im Vergleich mit dem Dollar. Da die City of London das führende internationale Finanzzentrum ist, können die anhaltenden

<sup>7</sup> Inzwischen hat der Supreme Court am 24. Januar 2017 entschieden, dass es ein Parlamentsgesetz braucht, siehe <https://www.supremecourt.uk/news/article-50-brexite-appeal.html>. – Die Herausgeber.

<sup>8</sup> Inzwischen hat Theresa May am 17. Januar 2017 einen harten Brexit angekündigt. Siehe dazu auch Kavaljit Singhs Artikel: Britain Heading towards a hard Brexit, 19.01.2017. – Die Herausgeber.

Unsicherheiten in Zusammenhang mit dem Zeitpunkt und der Art des Brexit-Prozesses zusätzliche Risiken für das globale Finanzsystem bedeuten.

In den USA war der Sieg von Donald Trump in den Präsidentschaftswahlen ein weiterer großer politischer Erdbebenstoß. Der zukünftige Präsident Trump hat bereits verkündet, dass er die Regulierungsmaßnahmen zur Umsetzung des Dodd-Frank Wall Street Reform Act und des Consumer Protection Act von 2010 außer Kraft setzen, verwässern oder behindern würde. Ein Anstoß zur Deregulierung unter seiner Präsidentschaft könnte die großen US-Banken von neuen gesetzlichen Vorschriften befreien, die als Folge der Krise von 2008 eingeführt wurden. In anderen Worten, die US-Banken könnten sogar noch größer werden, würde der sowieso schon schwache Dodd-Frank Act beseitigt werden.<sup>9</sup>

Seine andere politische Agenda, die internationalen Handel, Klimawandel und Zuwanderungsprobleme abdeckt, wird genau beobachtet, da die meisten seiner Kabinettskollegen/innen aus Wirtschaftseliten stammen und wenig Erfahrung in öffentlichen Ämtern haben.

Es ist fast unnötig zu erwähnen, dass die Menschen auf der ganzen Welt nervös darauf warten, wie sich das ganze "Brump" Phänomen (Brexit plus Trump) in den kommenden Monaten entwickeln wird.

### **Der Aufstieg der Rechten in Europa**

Fast jedes europäische Land konnte einen Anstieg der Unterstützung für Parteien von rechts außen in den letzten Jahren beobachten. Solchen Parteien war es möglich, beträchtliche öffentliche Unterstützung durch ihre zuwanderungsfeindliche Politik und ihre nationalistischen Ansichten zu gewinnen.

2017 werden Wahlen in den Niederlanden, Deutschland, Frankreich und möglicherweise Italien abgehalten. Die meisten politischen Analytiker/innen erwarten, dass rechte Parteien große Wahlerfolge in den kommenden Wahlen feiern können, angefeuert von einer Stimmung gegen das Establishment, der Brexit-Entscheidung und dem Sieg von Trump. Die Möglichkeit, dass solche Parteien an die Macht kommen könnten, ist heute größer als je zuvor.

---

<sup>9</sup> Inzwischen hat Trump die Demontage des Dodd-Frank-Act bereits eingeleitet, siehe Ben Protess / Julie Hirschfeld David: Trump Moves to Roll Back Obama-Era Financial Regulations, The New York Times, 3.2.2017.

Anstatt sich auf Austeritätsprogramme und neoliberale Wirtschaftspolitik zu konzentrieren, die zu wirtschaftlicher Instabilität und Arbeitslosigkeit beitragen, nutzen rechte Parteien nationalistische, ausländerfeindliche und gegen Zuwanderer gerichtete Rhetorik, um für öffentliche Unterstützung zu werben.

Die steigende Beliebtheit rechter politischer Parteien in ganz Europa deutet auf die Möglichkeit hin, dass andere Länder die EU verlassen könnten, einschließlich Frankreich (Frexit), Niederlande (Nexit), Italien (Italeave) und Österreich (Auxit). Aller Wahrscheinlichkeit nach würde die EU einen Brexit überleben, aber ein Frexit würde das gesamte Projekt der europäischen Integration gefährden.

### **Die Zerbrechlichkeit des globalen Bankensystems**

Das globale Bankensystem ist immer noch in einer heiklen Lage. Die großen Banken, insbesondere in den krisengebeutelten Ländern, sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, trotz aller Versuche der Zentralbanken und Regierungen, ihre Bilanzen zu sanieren. Laut dem Global Financial Stability Report des IWF vom Oktober 2016 bleiben über 25 Prozent der Banken in Industrieländern (die über 11 Billionen US\$ an Vermögen kontrollieren) schwach.

In den USA wurden wenige Fortschritte erzielt, die Steuerzahler davor zu schützen, Banken retten zu müssen, die „zu groß zum Scheitern“ sind. Die zuständigen Behörden haben das Problem der Banken nicht gelöst. Unter dem Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act von 2010 mussten Banken "lebende Testamente" verfassen, also Pläne, wie sie ihre Geschäfte liquidieren würden, falls sie scheitern, und das ohne Kosten für den Steuerzahler. Im April 2016 ließen die US-Behörden die Pläne fünf großer Banken (inklusive der Bank of America, Wells Fargo and JPMorgan Chase) durchfallen. Kurz gesagt, falls eine andere Finanzkrise heute die USA treffen würde, würden diese Banken Unterstützung der US-Regierung brauchen, um einer erneuten großen Finanzkrise vorzubeugen.

In Europa könnte der hohe Stand an Problemkrediten im Bankensektor in den kommenden Monaten eine neue Krise auslösen. Laut der Beratungsgesellschaft KPMG gibt es im europäischen Bankensektor um die 1,1 Billionen € an Problemkrediten und eine durchschnittliche Problemkreditrate von 5,7 % (drei Mal so viel wie in den USA oder Japan). Momentan

konzentrieren sich die politischen Entscheidungsträger/innen auf acht der in Schwierigkeiten geratenen Banken Italiens. Insbesondere die finanzielle Lage der italienischen Banca Monte dei Paschi di Siena, der ältesten noch heute bestehenden Bank der Welt, ist extrem schwach, wie man im jährlichen Stresstest für 51 Kreditinstitute von Ende 2016 sehen konnte, wo sie den letzten Platz belegte. Die Bank hat nahezu 50 Mrd. € an Problemkrediten, die 38% der Gesamtkredite ausmachen. Sie ist kürzlich gescheitert, 5 Mrd. € frisches Kapital als Teil ihres Rekapitalisierungsplans aufzubringen. Infolgedessen ist eine staatliche Rettung dieser angeschlagenen Bank nicht auszuschließen, selbst wenn diese nicht den EU-Regeln zu Staatshilfe entsprechen würden.<sup>10</sup>

In Großbritannien fiel die Royal Bank of Scotland (RBS) erst kürzlich durch den jährlichen Stresstest der Bank of England. Die britische Regierung rettete die RBS in den Folgen der Krise von 2008. Die RBS gehört momentan zu 73% der britischen Regierung. Es ist hier sehr wichtig zu betonen, dass jegliche weitere Schwächung der Finanzkraft der RBS wegen den 73% staatlicher Beteiligung einen direkten Einfluss auf den öffentlichen Haushalt Großbritanniens haben wird. Ähnlich wird das Schicksal anderer europäischer Banken sein, die von ihren nationalen Regierungen nach der Finanzkrise 2008 gerettet wurden.

### **Die Deutsche Bank in Schwierigkeiten**

Die schwache Finanzlage der Deutschen Bank sollte ein Grund für große Besorgnis sein. Seit 2008 sah sich die Deutsche Bank mehrfachen Untersuchungen und Anklagen wegen ihrer angeblichen Rolle in Manipulationen von Leitzinsen und Rohstoffpreisen, Verletzungen von US-Sanktionen und dem Verkauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren mit Falschangaben gegenüber. Obwohl die Deutsche Bank seit 2008 weltweit mehr als 16 Mrd. US\$ für Strafen und Vergleiche wegen ernsthaften Fehlverhaltens bezahlt hat, sind ihre Schwierigkeiten noch nicht vorüber, da sie mehr als die Hälfte ihres Wertes im Laufe des Jahres 2016 verlor.

Angesichts des 40-fachen Kredithebels der Deutschen Bank sagen manche Experten/innen vorher, dass ein drohendes Scheitern der Bank eine noch

größere Krise als die von 2008 auslösen würde. Da sie eng mit anderen großen Banken und Versicherungen in Deutschland verknüpft ist, gibt es berechtigte Sorgen, dass die Deutsche Bank eine systemische Bedrohung für Deutschlands gesamten Finanzsektor darstellt.

Im Juni 2016 gab der IWF in seinem Bericht zur Einschätzung der Stabilität des Finanzsystems in Deutschland an, dass „unter den global systemisch wichtigen Banken (G-SIBs) die Deutsche Bank den größten Anteil zum globalen systemischem Risiko beiträgt, gefolgt von den Banken HSBC und der Credit Suisse“. Im Bericht steht des Weiteren, dass „Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA den höchsten Grad an externer Übertragung haben, gemessen am durchschnittlichen Anteil von Kapitalverlusten anderer Bankensysteme aufgrund eines Schocks im Bankensektor des Quellenlandes“.

Außerdem ist die Deutsche Bank mit 8.000 Angestellten die größte europäische Bank in London. Die Bank schafft nahezu 20 % ihres Umsatzes in Großbritannien und ist darum größeren Risiken durch den Brexit ausgesetzt als andere europäische Banken.

### **Was ist mit Lichtblicken?**

Im Jahr 2016 wurden Indien und China von vielen als zwei Lichtblicke in der Karte der Weltwirtschaft gesehen, aber beide Volkswirtschaften stehen vor eigenen Herausforderungen.

Nach dem weitgehenden Bargeldverbot [die beiden größten Rupien-Scheine wurden aus dem Verkehr gezogen, d. Red.] rutschen die Vorhersagen zu Indiens Wirtschaftswachstum. Gestartet am 8. November 2016 war das verkündete Ziel, gegen die schwarze (Schatten-)Wirtschaft vorzugehen. Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels (Mitte Dezember 2016) haben Medienberichte geäußert, dass dieses politische Ziel nicht erreicht wurde, da 94% der nun entwerteten Banknoten in Banken eingezahlt wurden, was ein großes Fragezeichen hinter die Wirksamkeit der ganzen Initiative setzt, die die Mehrheit der 1,2 Milliarden Bewohner Indiens in große Not stürzte.

Es gibt zunehmend Belege dafür, dass das weitgehende Bargeldverbot den informellen Sektor schlimm in Mitleidenschaft gezogen hat, der ungefähr die Hälfte der indischen Wirtschaft ausmacht und wo rechtmäßige Bargeldtransaktionen häufig vorkommen. In den ländlichen und halb städtischen Gegenden, in denen eine Bank-Infrastruktur bitter fehlt,

<sup>10</sup> Inzwischen musste die Bank gerettet werden. Vgl. Handelsblatt 29.12.2016, Rettung der Krisenbank kostet Italien 6,6 Milliarden Euro, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/monte-dei-paschi-rettung-der-krisenbank-kostet-italien-6-6-milliarden-euro/19189886.html>. – Die Herausgeber.

hat diese Initiative die Arbeit und die Lebensgrundlage der arbeitenden Bevölkerung negativ beeinflusst, die in Bargeld bezahlt wird und bezahlt. Zahlreiche Reportagen in den Medien haben gezeigt, wie Bargeldknappheit zur Schließung vieler kleiner und Mini-Firmen im ganzen Land führte, mit einem nachteiligen Effekt für die Einkommen und Arbeitsplätze der Leute, die mit den Firmen verbunden waren. Ganz besonders Landwirtschaft, Textilien, Schmuck, Einzelhandel, Autos, Immobilien und der Bausektor wurden nachteilig von dem Bargeldverbot beeinflusst. In solch einem Szenario ist eine unmittelbare Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten unwahrscheinlich.

Im Falle Chinas stellt das Schattenbankensystem (nicht als Banken regulierte Finanzvermittler) wegen seiner Größe und seiner undurchsichtigen Natur ein potentielles Systemrisiko dar. Da Schattenbanken mit Chinas normalen Geschäftsbanken verknüpft sind, können Risiken aus den Schatteninstitutionen leicht auf das chinesische Bankensystem übertragen werden.

Brasilien und Russland litten stark unter dem Einbruch der Rohstoffpreise in den letzten zwei Jahren. Jetzt, wo diese sich wieder stabilisierten, ist zu erwarten, dass diese Volkswirtschaften 2017 aus der Rezession kommen.

Um es zusammenzufassen, die Weltwirtschaft ist noch nicht aus dem Schneider. Ein robusterer, nachhaltigerer und ausgeglichener globaler Aufschwung fehlt immer noch.

Die bis jetzt durchgesetzten globalen Finanzreformen sind ungenügend, um den Ausbruch einer weiteren Krise zu verhindern. Der politische Wille, globale Finanzreformen einzuführen, fehlt den G20 als führendem Forum für internationale Wirtschaftskooperation momentan. Der G20-Prozess zur Zusammenarbeit bei der Regulierung war stückwerkhaft und uneinheitlich. Die Mitgliedsstaaten der G20 müssen immer noch mehrere alte Zusagen für Finanzreformen umsetzen. Mit diesem Ergebnis hat die politische Agenda, ein transparenteres, inklusives und widerstandsfähiges globales Finanzsystem zu schaffen, an Schwung verloren. In der Eröffnungssitzung des G20-Gipfels in Hangzhou (China) hat der chinesische Präsident Xi Jinping die G20 dazu gemahnt, „eine Gruppe der Taten statt der Worte“ zu sein. Es scheint so, als ob die G20-Staats- und Regierungschefs die Wurzeln für die globale Finanzkrise vergessen hätten.

\*\*\*

**Mehr Informationen finden Sie auf**  
<http://www.madhyam.org.in>

# Finanzierung und Investition

## Vom Third World Network Africa

Kein Land hat sich entwickelt, ohne seine eigenen Mittel für produktive Investitionen und inländische Vermögensbildung zu nutzen. Wie in anderen Teilen der Welt, die bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erfolgreich waren, müssen die Mittel, die in afrikanischen Staaten erzeugt werden, so weit wie möglich für Investitionen in strategische Wirtschaftszweige und Aktivitäten behalten werden.

Ausländische Finanzierung, sowohl private als auch öffentliche, ist von hoher Bedeutung zur Ergänzung nationaler Ressourcen. Jedoch ist es sehr wichtig, dass ausländische Finanzierung für strategische Wirtschaftszweige verwendet wird, die den am Ende stehenden Transfer von Ressourcen ins Ausland kompensieren. Solche Transfers müssen geregelt werden, um die Hemmung eines kontinuierlichen Aufbaus von Kapital in der nationalen Wirtschaft zu minimieren.

Wie in Entwicklungsländern andernorts und in Industrieländern in den Nachkriegsjahren führten die afrikanischen Regierungen nach der Unabhängigkeit sofort Maßnahmen und Institutionen ein, um Investitionen in die Entwicklung von Produktionskapazitäten in verschiedenen Sektoren zu fördern: in ökonomische Infrastruktur wie für Energie, Transport und Kommunikation; und in soziale Infrastruktur wie für Gesundheit, Bildung und sauberes Wasser.

Angesichts einer schwachen oder nicht vorhandenen einheimischen Privatwirtschaft wurden in diversen Wirtschaftsbereichen, vor allem in der Fertigung, staatliche Firmen gegründet, die zur schnelleren Umwandlung der – als Erbe des Kolonialismus – rohstoffabhängigen Volkswirtschaften als entscheidend angesehen wurden. Auslandsinvestitionen wurden angestrebt, um wichtige Lücken zu füllen, oft in Partnerschaft mit Regierungen und mit klar definierten Zielen für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ziele.

Als Finanzsystem, Institutionen und Politik wurde diesen Bemühungen folgendes als angemessen erachtet: Entwicklungsbanken; gezielte Kredite und andere Finanzinstitute; Vertriebsausschüsse für Rohstoffe, die die strategische Rolle von Rohstoffen für afrikanische Staaten berücksichtigten und die die

dadurch gewonnenen Finanzmittel für Investitionen in andere Sektoren der Wirtschaft nutzen; ein entwicklungspolitisches Mandat der Zentralbanken; und eine Politik, die versuchte, die Repatriierung ausländischer Profite (also die Rückführung zum Hauptsitz des Unternehmens) zu regeln und gleichzeitig Anreize zur Re-Investition zu schaffen.

Insgesamt war dies die Antwort darauf, dass im Fall der afrikanischen Staaten, die ihre Wirtschaft auf Rohstoffexporten aufbauten, ein Großteil der investierbaren Mittel aus den wirtschaftlichen Gewinnen aus diesen Staaten heraustransferiert statt reinvestiert wurde. Was meist übrig blieb, war entweder zu ungenügend angesichts der Größe und Qualität der erforderlichen Investitionen, oder zu zersplittert oder in Formen gehalten, die nicht einfach investierbar waren.

Wie weithin anerkannt, war die Anwendung dieser Politik nicht immer konsistent; staatlichen Institutionen mangelte es an den Kapazitäten und der Legitimität, Wirtschaftsakteure transparent verantwortlich für ihre sozialen und politischen Ziele zu machen, was zu viel Missbrauch und Korruption führte. Von noch größerer Bedeutung war der weltweite Einbruch der Exportpreise für Rohstoffe, der viele Mittel zur Finanzierung dieser Politik kostete, und der, verschärft durch globale wirtschaftliche Entwicklungen, zu einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise führte.

Die Weltbank und der IWF antworteten auf diese Schwierigkeiten mit Strukturanpassungsprogrammen (SAP), die Mitte der 1980er Jahre eingeführt und über an die Hilfen geknüpfte Bedingungen in ganz Afrika durchgesetzt wurde. Im Kontext von unternehmensgetriebener wirtschaftlicher Deregulierung, die im Großteil der industrialisierten Welt Fuß gefasst hatte, wurden die SAP allerdings ein Projekt neoliberaler Marktideologie, welche auf die Vorherrschaft des Marktes in allen wirtschaftlichen Beziehungen und der sozialen Versorgung abzielte. Dieses System reduzierte die Rolle des Staates darauf, Bedingungen zu schaffen, die der Vorherrschaft des Marktes dienlich sind. Das Ergebnis waren 30 Jahre umfassender Abbau genau der Politikmaßnahmen, die Weltbank und IWF bis dahin in Afrika vertreten hatten und die

immer noch in den Regionen der Welt angewandt werden, die nicht das Pech Afrikas hatten, sich im Ausland verschulden zu müssen. Dadurch wird fast jede Rolle des öffentlichen Sektors in Wirtschaft und Grundversorgung durch private Unternehmen ersetzt oder der Profitlogik privater Investitionen untergeordnet.

Da der einheimische Privatsektor zu schwach war, um das ihm so plötzlich auferlegte wirtschaftliche Entwicklungsmandat der Führung des Privatsektors zu übernehmen, fiel diese Rolle schließlich ausländischen Investoren zu, in der Regel transnationalen Unternehmen. Investitionspolitik wurde so über das grundlegende Ziel definiert, möglichst günstige Bedingungen zu schaffen, um ausländische Investoren anzuziehen. Das bedeutete, die Profite eines Investors zu maximieren, indem man die meisten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Regeln lockerte oder aufhob, während gleichzeitig Anreize wie zum Beispiel Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen geschaffen wurden. Es umfasste auch, Einschränkungen internationaler Kapitalbewegungen, Devisenbeschränkungen, Währungskontrollen etc. abzuschwächen oder gleich ganz abzuschaffen, um grenzüberschreitende Investitionen und die Repatriierung von Profiten zu erleichtern. Während früher ausländische Investitionen in eine inländische Investitionsagenda eingebettet waren, wurden sie jetzt die Hauptsache, und einheimische Akteure bekamen nur einige geschützte Räume in Bereichen, die als zu unbedeutend für ausländische Investoren galten.

### **Veränderte Formen von Investition und Finanzierung in Afrikas Staaten**

Ausländische Investitionen haben eine Reihe von Formen angenommen, die zahlreiche afrikanische Staaten vor Herausforderungen stellen. Zum einen gibt es ausländische Direktinvestitionen (ADI), die Gründung oder der Kauf eines Unternehmens durch ausländische Kapitalgeber in einem afrikanischen Land. Zum anderen umfassen ausländische Investitionen auch ausländische Käufen von bis zu 10% der Anteile an einer lokalen Firma; den Kauf von Staats- oder Unternehmensanleihen entweder in lokaler oder in Fremdwährung; den Kauf lokaler Währungen, um sie gewinnbringend bei einem guten Wechselkurs zu verkaufen; und Agrarlandkäufe von Hedgefonds zu Spekulationszwecken. Dies wurde durch Reformen des Finanzsektors unterstützt, einschließlich der Privatisierung der Banken, was eine ausländische Übernahme der Aktien heimischer Banken ermöglichte,

die jetzt auf ausländischen Börsen gelistet sind; die Einführung von Börsen und Kapitalmärkten sowie bankähnlicher Finanzinstituten; und das grenzüberschreitende Eigentum an Finanzanlagen aller Art.

Dadurch sind ausländische Investitionen eng mit finanziellen Transaktionen und den exotischen neuen Produkten und Instrumenten aus dem Zeitalter der Finanzialisierung verbunden. Die Lockerung von Regeln zur Unterstützung ausländischer Investitionen hat somit Raum geschaffen für eine Politik zugunsten aller der Finanzinstrumente, die andernfalls wenig Platz in der Investitionsstrategie eines Entwicklungslandes hätten.

Bisher haben Investitionsflüsse nach und Geschäfte in Afrika nicht dazu beigetragen, die ökonomischen Muster zu verändern, die im Kolonialismus etabliert und von der Politik nach der Unabhängigkeit ins Visier genommen wurden. Der Großteil der Investitionen, insbesondere ADI, fließt immer noch in den Abbau von Rohstoffen und schafft so Enklaven mit kaum oder gar keinen Impulsen für den Rest der Wirtschaft. Der Dienstleistungssektor hat in letzter Zeit ein erhebliches Maß an ausländischen Investitionen angezogen, aber die Konzentration in Bank- und Geschäftsdienstleistungen hat dazu beigetragen, Investitionen weiter von den Sektoren der einheimischen Wirtschaft abzukoppeln, die diese am dringendsten brauchen würden.

Fertigungsindustrie, einheimische Landwirtschaft und die Wirtschaft auf dem Land bleiben unterversorgt. Ferner haben die Art dieser Investitionen, ihre Finanzierungsmodalitäten und die deregulierten Rahmenbedingungen, in denen agiert wird, alle eher den Netto-Transfer von Mitteln aus Afrikas Staaten beschleunigt als deren Reinvestition. Zusätzlich bedeutet die Schwächung der sozialen, ökologischen und steuerlichen Standards als Investitionsanreiz de facto die Externalisierung aller sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kosten einer Investition und letztlich deren Übertragung auf den öffentlichen Sektor. Mit den reduzierten Mitteln, die dem öffentlichen Sektor zur Verfügung standen, um diese Kosten abzudecken, hat dies die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Grundlagen der gesamten Gesellschaft verschlechtert, insbesondere aber der armen und verwundbaren Mehrheit.

Der Nettoeffekt war eine Verlagerung von Investition und Finanzierung aus den strategischen Sektoren der heimischen Wirtschaft. Das hatte negative Konse-

quenzen für die Lebens- und Einkommensgrundlage in den Sektoren, die vorher mehrheitlich von kleinen Bauern/Bäuerinnen, einheimischer Produktion und Industrie sowie Handel besetzt waren. Selbst wenn man bereits existierende, geschlechtsbezogene Ungleichheiten einbezieht, litten Frauen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten darunter überproportional, sowohl in der Wirtschaft als auch zuhause.

### **Das Problem der globalen Finanzmärkte**

Die vorher dargestellten Herausforderungen wurden durch Veränderungen im Charakter des globalen Finanzsystems und seiner Rolle in afrikanischen Volkswirtschaften noch verstärkt. Das globale Finanzsystem war immer zentral für die Struktur afrikanischer Volkswirtschaften, wegen ihrer Abhängigkeit von Importen im Fall der meisten Industrieerzeugnisse und ihrer Rolle als Exporteur von Rohstoffen. Die ausländischen Banken und Kapitalmärkte, die Bergbau und andere Firmen aus dem Sektor der Primärrohstoffe finanzierten, haben genauso wie der Import-Export-Handel immer dazu geführt, dass überproportionale Mengen an Geldern nach außen kanalisieren wurden, die ansonsten in Afrikas Staaten hätten reinvestiert werden können.

Änderungen im Finanzsektor über die letzten zwei Jahrzehnte – sowohl global als auch in Afrika, zusammen mit zunehmend exotischen, neuen Akteuren, Praktiken und Instrumenten – haben diesen Trend verschlimmert. Das hat es Finanzinstitutionen und –akteuren ermöglicht, direkt in die Akkumulation von Finanzvermögen in afrikanischen Staaten einzugreifen, während sie kaum eine direkte Rolle in den produktiven Sektoren dieser Staaten spielten. Dieses Vermögen wird als Gewinn repatriert.

Bei der letzten Deregulierungswelle führten die Privatisierung von Versicherungen und die Reform staatlicher Pensionsfonds dazu, dass eine rein lokale Anhäufung von Wohlstand (die wenig oder kaum ausländische Investitionen benötigt) ausländischen Interessen überantwortet wurde. Diese Trennung bringt jedoch diese Vermögenswerte außerhalb der Reichweite der Bürger/innen und ihrer Investitionsbedürfnisse. Ironischerweise werden Pensionsfonds und der enorme nationale Reichtum, den diese darstellen, zum Ziel von Regierungen, die Infrastrukturinvestitionen als Partnerschaften mit ausländischen Investitionen (sog. Öffentlich-private Partnerschaften, ÖPP) gestalten. Angesichts der bisherigen Geschichte von ÖPP bedeutet dies die Nutzung öf-

fentlicher Ressourcen zur Finanzierung privaten Reichtums – und eines ausländischen dazu.

Die Fähigkeit von Regierungen, vor allem in afrikanischen und anderen Entwicklungsländern, diese sich entwickelnden Finanzprozesse und –flüsse zu bewältigen, wird durch die Eigenschaften eben dieser Prozesse weiter verkompliziert. Beispielsweise haben die einfachen grenzüberschreitenden Finanzflüsse und die damit verbundenen Währungsbewegungen eine stärkere Neigung zu Währungsinstabilität und Finanzkrisen gebracht. Um solchen Krisen entgegenzuwirken, sind die Regierungen gezwungen, zur Stützung ihrer eigenen Währung alle ihre Reserven an Fremdwährungen auf den Markt zu werfen. Tatsächlich hat die Anhäufung ausländischer Währungen für diese Zwecke begonnen, Priorität über die Investition dieser Mittel in die Produktion und den Handel der heimischen Wirtschaft zu erlangen.

Zwischenstaatliche Maßnahmen, die die Begrenztheit einzelner nationaler Regierungsmaßnahmen überwinden und außerdem Unterstützung für schwächere Regierungen in Afrika und anderswo bieten könnten, werden durch die Tendenz zu mehr Deregulierung untergraben, die als Rückfalloption in der zwischenstaatlichen Entscheidungsfindung zu dominieren scheint, sowohl in formellen Institutionen wie dem IWF oder informellen Gruppierungen und Versammlungen wie den G20. Für afrikanische Länder wird dies durch ein Defizit der globalen Entscheidungsbeeteiligung verschlimmert: Sie sind nicht nur unterrepräsentiert in diesen Foren, sondern das Machtungleichgewicht dort untergräbt ihre Fähigkeit, ihre speziellen Probleme, Interessen und Perspektiven als integralen Bestandteil der Agenda erfolgreich einzubringen.

\*\*\*

**Mehr Informationen finden Sie auf**  
<http://twnafrica.org>

# Die Rolle globaler Banken: „Privatbankgeschäft“ und der Fall der HSBC

Von Jorge Gaggero, Fundacion SES, Argentinien

## Die Rolle globaler Banken in globalen Vermögensketten und Offshore-Vermögen

Finanzinstitute spielen eine Schlüsselrolle im Markt für Offshore-Dienstleistungen.<sup>11</sup> Einerseits leiten sie Finanzanlagen reicher Individuen und großer Firmen in Steueroasen oder Offshore-Finanzzentren weiter, ohne sie an die jeweiligen Steuerbehörden zu melden. Andererseits halten sie Ursprung, Betrag, Umlauf und Eigentümer geheim. Ein essentielles Werkzeug ist dabei das Bankengeheimnis und damit auch die Förderung und Nutzung von Steueroasen. Globale Banken verwalten dieses Geschäft als „Privatbankgeschäft“ mit einem Service namens „Vermögensverwaltung“ für reiche Individuen – ab Summen von ungefähr 250.000 US\$ – und mit ihnen in Verbindung stehende Firmen. Die Dienste umfassen die Eröffnung von Offshore-Bankkonten, das Gründen von Scheinfirmen, Stiftungen oder Trusts – die in Steueroasen gegründet werden, um den Namen des wahren Eigentümers („wirtschaftlich Berechtigter“) streng anonym zu halten, bei Firmenübernahmen, Kapitalmarkt-Transaktionen und Zusammenschlüssen zu beraten, den Erbfall zu planen sowie bei Investitionen in Investmentfonds, Hedgefonds und Aktien zu beraten.

Internationale Banken teilen ihre Kunden üblicherweise in verschiedene Kategorien ein, je nach dem Gesamtwert der flüssigen Vermögenswerte, die von ihnen investiert werden. Abhängig davon, in welche Kategorie ein Kunde gehört, bekommt er einen mehr oder weniger aufwendigen und persönlich zugeschnittenen Service. UHNW (Ultra Hoher Netto-Wert) Kunden, deren Vermögen 25 Mio. US\$ überschreitet, und HNW (Hohe Netto-Wert) Kunden mit 10-25 Mio. US\$ benötigen allgemein einen sehr aufwändigen Service, der sich über verschiedene Rechtssysteme mit komplexen Steuer- und Gesetzesstrukturen (wie unter anderem ein Netzwerk an Stiftungen, Trusts, Holdinggesellschaften, internationale Investment- und Hedgefonds) erstreckt. Um diese Strukturen zu

planen, sind Privatbanken auf spezialisierte Ratgeber und enge Verbindungen mit den großen professionellen Wirtschaftsprüfungsunternehmen (besonders die sogenannten „Big Four“) angewiesen, die in Verbindung mit Bankern und Bankerinnen arbeiten, um die Mechanismen auszuarbeiten, die letztendlich benutzt werden.

Es gibt eine enge Verbindung zwischen dem Erfolg dieses Geschäfts und dem der Steueroasen, da die meisten Aktivitäten des Privatbankgeschäfts „formell“ in diesen Rechtssystemen konzentriert sind. Laut einem Bericht der Schweizer Bankenvereinigung von 2013 verzeichnete die Schweiz 26% des globalen Privatbankgeschäfts und führte den Schattenfinanzindex des Tax Justice Network (TJN) für das Jahr 2015 an, gefolgt von Hongkong und Singapur mit 14%, den Kanalinseln Jersey und Guernsey und Dublin (Irland) mit 13%, der Karibik und Panama mit 13%, Großbritannien mit 11%, den USA mit 8% und Luxemburg mit 7%. All diese Rechtsgebiete belegen hohe Plätze in dem eben genannten Index.

Ferner unterhalten Hongkong, Singapur und Irland enge Verbindungen zur City of London und die Kanalinseln sind abhängige Gebiete der englischen Krone. Damit ist Großbritannien, zusammen mit dem Netzwerk der Rechtsgebiete unter seiner Oberhoheit verantwortlich für 38%<sup>12</sup> des Marktes. Zugleich schätzte Oxfam, dass 67% des Offshore-Vermögens in Steueroasen mit Verbindung zur EU liegt, und 33% in einer Steueroase mit Verbindung zu Großbritannien.

Rechtsgebiete mit einem hohen Grad an Geheimhaltung und/oder niedrigen Steuersätzen haben eine überdurchschnittliche Anzahl an Banken im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Existenz dieser Banken in diesen Rechtsgebieten kann damit nur durch die Verwaltung internationaler Finanzströme erklärt werden. Ein klares Beispiel ist das der Kaimaninseln, die bei ca. 53.000 Einwohnern/innen 234 Banken

<sup>11</sup> Offshore meint außerhalb des eigenen Heimatstaates angelegte Gelder. – *Die Herausgeber*.

<sup>12</sup> Magdalena Belén Rua (2014) Fuga de capitales V. Argentina, Los “facilitadores” y sus modos de acción. Supervised by Jorge Gaggero. CEFID-AR, Working Paper No. 60, Buenos Aires, August 2014.

haben, das bedeutet, dass es je eine Bank für 226 Einwohner/innen gibt.

Die Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group<sup>13</sup> schätzte das Offshore-Privatvermögen auf 8,9 Bio. US\$ im Jahr 2013. Der Gesamtbetrag des Offshore-Vermögens scheint stark unterschätzt, da andere Schätzungen wie die des IWF das global in kleinen internationalen Schattenfinanzzentren gebunkerte Geld mit 18 Billionen US\$ beziffern, und das ohne die Schweiz (was sogar eine noch höhere Zahl nahe legt). Andere Schätzungen über nicht gemeldetes globales Privatvermögen nennen Zahlen zwischen 21 und 32 Billionen US\$ für das Jahr 2010.<sup>14</sup>

### Der Fall der Bank HSBC

Bis jetzt ist der Steuerhinterziehungsfall HSBC der größte, der in der Geschichte der globalen Bankenwirtschaft enthüllt wurde. Der Fall ist nicht nur wegen seiner schieren Dimension beispiellos, sondern auch weil er die Existenz einer umfangreichen – in Bezug auf Zeit und Gebiet – systematische Vorgehensweise von Seiten der Bank sowohl in Industrie-, als auch in Entwicklungs- und Schwellenländern, aufdeckt. Die enthüllten Informationen zeigen, dass es mehr als 130.000 Offshore-Konten gibt, die meisten davon waren zwischen 2005 und 2006 nicht gemeldet. Diese Konten umfassten mehr als 102 Milliarden US\$ von 106.000 Individuen, die aus 203 Ländern stammen und die es dank des Service der Bank schafften, Steuerregelungen fast überall auf der Welt zu umgehen.

Die Informationen wurden von Hervé Falciani, einem ehemaligen Systemingenieur der HSBC Privatbank in Genf (Schweiz) vom firmeneigenen Computersystem heruntergeladen. Er reiste nach Frankreich um seine Informationen weiterzugeben und sie von der französischen Justiz bestätigen zu lassen. Die zehn meistbetroffenen Länder, in der Reihenfolge des Ausmaßes des erlittenen Schadens durch die Anzahl der Bürger/innen, die ein geheimes Auslandskonto bei der HSBC Genf führten, sind: Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Brasilien, Italien, Israel, Argentinien, die USA, die Türkei und Belgien. Nach dem Gesamtbetrag der involvierten Gelder sind nach Ursprungsland die zehn meistbetroffenen: Schweiz,

Großbritannien, Venezuela, die USA, Frankreich, Israel, Italien, die Bahamas, Brasilien und Belgien.

Die administrativen, parlamentarischen und gerichtlichen Reaktionen auf die Entdeckung sind noch immer nur vorläufig, da die betreffenden Ereignisse meist weniger als ein Jahrzehnt zurückliegen. Erstens ist anzumerken, dass die angelsächsischen Länder, die die größten globalen Finanzzentren (London und New York) beherbergen und auch Zentrum der größten Netzwerke von Steueroasen sind, diejenigen zu sein scheinen, die wiederum erheblich unter den wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der analysierten Vorgänge zu leiden haben und die ihnen gegenüber die nachsichtigsten Rechtssysteme haben.

Im Gegensatz dazu sind im Fall der USA die Handlungen der Regierung und des Kongresses oftmals schnell und effektiv, zumindest – in letzterem Fall – wenn es um ihre Ermittlungsbemühungen geht, wenn auch nicht bei der Gesetzgebungsaktivität. Was die Gerichte angeht, ist darauf hinzuweisen, dass Sanktionen auf Geldbußen beschränkt sind, die heftig erscheinen, solange sie nicht mit den Vorteilen verglichen werden, die die sanktionierten Banken aus der Gesetzesübertretung gewonnen haben. Wenn ein solcher Vergleich gemacht wird, erweisen sich diese Geldbußen als "Schnäppchen", insbesondere dann, wenn wir berücksichtigen, dass sie oft im Rahmen von Vereinbarungen verhängt werden, bei denen die Verantwortlichen, die direkt involviert sind und eigentlich ins Gefängnis gehören würden, in keinem der angesprochenen Fälle strafrechtlich verfolgt wurden. Ein neues Rechtsprinzip, "Zu groß zum Einsperren" scheint sich nun mit dem schon bekannten wirtschafts- und finanzpolitischen Prinzip "Zu groß zum Scheitern" zu verknüpfen, das sich auf die großen globalen Banken und deren Eigentümer und Führungskräfte bezieht.

Im Falle Großbritanniens scheint die Trägheit, die die Steuerbehörden zeigen, mit der praktisch vollständigen passiven Haltung ihrer Justiz im Hinblick auf die gestellten Herausforderungen übereinzustimmen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet das Verhör von Top-Führungskräften am Hauptsitz der HSBC (mit Sitz in London), die vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Unterhauses (Mitglied einer Oppositionspartei) durchgeführt wurde

<sup>13</sup> The Boston Consulting Group (2014): Global wealth 2014 – Riding a wave of growth.

<sup>14</sup> James Henry (2012): The price of offshore revisited, Tax Justice Network.

Fast alle bedeutenden Strafen, die den großen globalen Banken auferlegt wurden, wurden demnach in den USA bezahlt. „Das Finanzzentrum der City of London, dessen internationales Finanzzentrum ähnlich groß wie der US-Finanzsektor ist, ist sogar deutlich korrupter und gefährlicher als sein Pendant in den USA, und die Komplizenschaft (der politischen und Regulierungsbehörden) ist vollständiger.“ Die britische Zeitschrift "The Economist" wies auch darauf hin, dass „kriminelles Verhalten in Amerika einmal eine Garantie für Bankrott war (...) Doch scheinen das Justizministerium und die Aufsichtsbehörden diese Folgen weggezaubert zu haben“<sup>15</sup> – es solle jedoch nicht vergessen werden, dass die Verfahren noch im Gange seien. Die Komplizenschaft wird nicht angegriffen; es scheint – ganz im Gegenteil – dass sie sich noch verstärkt, jetzt, da der Höhepunkt der Finanzkrise scheinbar zurückliegt.

Die Regierung und die Justiz scheinen in Frankreich, Spanien und anderen europäischen Ländern schneller und mit mehr Entschlossenheit zu handeln. Es ist noch unmöglich, eine gründliche Analyse dessen durchzuführen, weil, wie oben ausgeführt, die betreffenden Ereignisse erst vor kurzer Zeit entdeckt wurden, jedoch haben die beiden genannten Länder es bereits geschafft, dass ihre Steuerzahler/innen im Kontext von Verwaltungsprozessen ihre Verhältnisse aufklären (und ihre Steuerschulden begleichen). Auch die Rechtsprozesse gegen HSBC machen Fortschritte, jedoch mit begrenztem Erfolg.

Was den Fall Argentinien betrifft, stimmen uns die Präzedenzfälle – im Prinzip – nicht optimistisch für einen wirkungsvollen Ausgang der administrativen, parlamentarischen und juristischen Bemühungen, die Herausforderungen durch die "HSBC-Affäre" in Angriff zu nehmen (siehe Kasten).

Eine rechtzeitige Evaluierung dieser Fälle wäre für Entwicklungs- oder Schwellenländer aufgrund der weitreichenden Folgen und der finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung sehr wichtig. Es sei daran erinnert, dass in Argentinien während der meisten Zeit in den 35 Jahren zwischen 1976 und 2001 Währungs-umtauschfreiheit herrschte, während die Auslandsschulden in nicht mehr nachhaltige Höhen stiegen (was zu dem größten Zahlungsausfall eines Staates

in der jüngsten Geschichte durch den Zusammenbruch der Wechselkursfixierung Ende 2001 führte). Auch stiegen während des gleichen Zeitraums die Abflüsse des inländischen Kapitals so erheblich, dass die Menge der von den argentinischen Bewohnern/innen gehaltenen Offshore-Vermögenswerte im Durchschnitt ungefähr gleich hoch wie die Staatsverschuldung war. Eine weitere Tatsache ist, dass während dieser Zeit – im Jahr 1977 – ein neoliberales Gesetz in Kraft trat (und weiterhin ist), das es transnationalen Banken ermöglicht, lokale Geschäfte zu tätigen. Dies ermöglichte insbesondere das Privatbankengeschäft.

Obwohl die Devisenkontrollen im Jahr 2002 wieder aufgenommen wurden, gab es bis vor kurzem keine substanziellen Maßnahmen, um solche Transaktionen zu verhindern und tatsächlich zu ahnden und generell Steuerhinterziehung bzw. Kapitalflucht effektiv anzugehen. All dies geschieht trotz: a) der Umstände der akuten Krise 2001-2002, die von erheblichen Devisenabflüssen geprägt waren; (b) der klugen Ergebnisse eines Parlamentsausschusses, der Anfang 2002 die Kapitalflucht untersuchte und dessen Ergebnisse im Oktober 2003 der argentinischen Regierung vorgelegt wurden; (c) der in wissenschaftlichen Papieren erteilten Warnhinweise, die eine potenzielle künftige Wiederaufnahme einer schweren Devisenkrise als Folge der laufenden Kapitalflucht vorwegnehmen; und (d) der von Hernán Arbizu eingereichten Beschwerden über Steuerhinterziehung und Kapitalflucht, die von JP Morgan 2008 begünstigt wurden.

Die Rückkehr starker Devisenumtauschbeschränkungen in Argentinien (Oktober 2011) und eine tiefgehende Kenntnis der Umstände und des Ausmaßes des Falls HSBC (September 2014) waren Ende 2014 für die administrativen und juristischen Maßnahmen nützlich, die von der Bundessteuerbehörde (AFIP) eingeleitet und mit denen die – bisher unerreichte – Koordination zwischen den zuständigen argentinischen Behörden erreicht werden sollte; und für die Schaffung eines neuen Zweikammer-Untersuchungsausschusses im argentinischen Kongress, der die Fragen aufgreifen will, die vom bisherigen Ausschuss weitestgehend ignoriert wurden.

---

15 Justice, interrupted: will bankers get off the hook ever more lightly? Tax Justice Network. 22. Mai 2015.

## **Kasten: Der Fall HSBC – die jüngsten Entwicklungen**

**Oktober 2015** – Ein Bundesverwaltungsrichter der 7. Berufungskammer lehnt eine von HSBC Argentinien vorgelegte Verfügung ab, mit der Gabriel Martino als Vorstandsvorsitzender der örtlichen Tochtergesellschaft ersetzt werden sollte.

**November 2015** – Ergebnis der argentinischen Präsidentschaftswahlen: Mauricio Macri 51,34%.

**Dezember 2015** – Die 5. Kammer des Bundesverwaltungsgerichts nimmt die Beschwerde von Martino an und ordnet die Aussetzung der Resolution 259/15 der Zentralbank an, die Martino bei HSBC entfernte und ersetzte.

Präsident Macri ernennt Anwalt Mariano Federici (ein Mann des IWF) als Leiter der lokalen Anti-Geldwäsche-Behörde (UIF) und seine Kollegin Maria Eugenia Telerico als Vize-Chefin. Telerico war Gründer der Nichtregierungsorganisation "Será Justicia" und klagte die HSBC zu Geldwäsche an („Estudio Félix Marteau“).

**Januar 2016** – Die neuen Aufsichtsbehörden der Zentralbank genehmigen einen Brückenkredit in Höhe von insgesamt 5 Mrd. US\$ von den Banken HSBC, Santander, Citi, UBS, BBVA, JP Morgan und der Deutschen Bank. Mit dieser Verschuldung startet die neue Regierung, was der dritte große historische Zyklus der Auslandsverschuldung Argentiniens zu sein scheint.

**Februar 2016** – Eine Investorenversammlung der HSBC Argentinien beschloss, Martino wieder als „Titular-Direktor“ des Unternehmens zu installieren.

Die HSBC Bank wurde von Familien von US-Bürgern für ihre Beteiligung an Morden von mexikanischen Drogenbanden angeklagt. Sie behaupteten, dass HSBC direkt daran teil hatte und über den Drogenhandel einschließlich "brutaler Handlungen" bescheid gewusst haben soll (Martino war Mitglied des Exekutivkomitees von HSBC Mexiko, bevor er Direktor von HSBC Argentinien wurde).

**März 2016** – Richter Straccia verhörte 224 Personen wegen Ermittlungen zu Verbrechen verschärfter Umgehungen und Geldwäsche im Gerichtsverfahren zu „4.040 nicht gemeldeten HSBC-Konten“.

**April 2016** – Die "Panama-Papiere" werden veröffentlicht. Präsident Macri erscheint als Direktor und Vizepräsident des Offshore-Unternehmens "Fleg Trading". Seither wurden 50 Offshore-Unternehmen des Präsidenten, seiner Familie und wichtiger Mitglieder der argentinischen Regierung bekannt.

Martino nimmt die Funktion des Direktors der lokalen Tochtergesellschaft der HSBC Bank wieder auf.

**Juli 2016** – Richter Straccia entscheidet auf eine Vorzugsbehandlung des Finanzministers Alfonso de Prat Gay im Gerichtsverfahren der „4.040 nicht angemeldeten HSBC-Konten“.

Das FBI inhaftiert in New York Mark Johnson, den Globalen Chef des Börsenmanagements von HSBC. Ihm wird vorgeworfen, Betrug im Börsen-Management mit dem Einsatz von „Insider-Informationen“ begangen zu haben.

**August 2016** – Die 4. Kammer des Bundesverwaltungsgerichts beschließt, die Resolution 259/15 der Zentralbank im Zusammenhang mit den verhängten Strafgebühren für HSBC aufzuheben.

**Dezember 2016** – Der ehemalige argentinische Finanzminister Alfonso de Prat Gay verkündet in einer Pressekonferenz mit dem Chef der nationalen Steuerbehörde (AFIP), dass am 27. Dezember 90 Mrd. \$ an Vermögenswerten (ca. 20% der gesamten Offshore-Vermögenswerte, die von Gebietsansässigen nicht gemeldet waren) wurden im Rahmen des „offiziellen Geldwäscheplans“ (d.h. der Steueramnestie der Regierung) erklärt. Es ist möglich, dass diese Zahl mindestens einen Teil der 3 Mrd. \$ der von der HSBC in der Vergangenheit in die Schweiz vermittelten Steuerflucht einschließt, die im Rahmen der „Falciani-Liste“ angeklagt und von der AFIP rechtlich verfolgt wurden (vor dem Regierungswechsel).

Der Präsident von HSBC Argentinien, Martino, erklärte in der Zeitung "Buenos Aires Herald" vom 16. Dezember 2016: „**Argentinien wird wieder zu einer normalen Republik.**“

Es ist klar, dass diese Transaktionen von globalen Banken und die weit verbreitete Nutzung der Mittel, die ihnen von Steueroasen (und in einigen Fällen von externen Steuer- und Rechtsberatungsgesellschaft-

ten) zur Verfügung gestellt werden, Wissenschaftler/innen und Politiker/innen dazu zwingen sollten, sich auf die „strukturellen Determinanten“ des Phänomens der so genannten Offshore-Welt konzentrie-

ren sollten, um effektive Wege zu finden, die Frage der „Widersprüche zwischen dem Weltmarkt und dem Nationalstaatensystem zu lösen“.<sup>16</sup> Auch „Analysen globaler Vermögensketten sind für das Verständnis essentiell, nicht nur, wie sich der (globale) Finanzmarkt verändert, sondern auch die wesentlichen Änderungen von Finanzmarkt und Produktion im modernen Kapitalismus“.<sup>17</sup>

\* \* \*

**Mehr Informationen finden Sie auf**  
<http://www.funds.es.org.ar>

**Der Autor kann erreicht werden unter**  
[jgaggero@fibertel.com.ar](mailto:jgaggero@fibertel.com.ar)

---

<sup>16</sup> Ronen Palan (2003): *The Offshore World: Virtual Spaces and the Commercialization of Sovereignty*, Ithaca, Cornell University Press; Leonard Seabroke and Duncan Wigan (2014): *The Governance of Global Wealth Chains*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), Working Paper 839.

<sup>17</sup> Leonard Seabroke and Duncan Wigan (2014): *The Governance of Global Wealth Chains*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), Working Paper 839.



**weed**

**Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung**  
**World Economy, Ecology & Development**

